

## KPÖ macht gegen teure Lifte mobil

Aufzugsgesetz soll neu  
beschlossen werden.

Zahlreiche Ungereimtheiten ortet die KPÖ beim 2015 beschlossenen „Hebeanlagen-gesetz“: Dieses Gesetz schreibt höhere Sicherheitsstandards, Nachrüstungen und Sanierungen von alten Aufzügen in Wohnhäusern vor. Es sei aber mit falschen Erwartungen und Berechnungen beschlossen worden, kritisiert KPÖ-Landtagsmandatar **Werner Murgg**. Er fordert eine Neufassung, da die Lifte nun aufgrund der zu strengen Auflagen für Mieter zur Kostenfalle würden.



**Werner Murgg:**  
Anfrage zu Auf-  
zugsgesetz FUCHS

Laut KPÖ  
müssen  
nun landes-  
weit mehr  
als 500 Lifte  
umfassend  
saniert  
werden,  
weitere 500  
bis 600  
Aufzüge  
brauchen  
zumindest

eine Teilsanierung. Die Regierung habe vor der Gesetzgebung falsche Zahlen genannt: So ist in den Erläuterungen von „Nachrüstungsmaßnahmen bis zu ca. 35.000 Euro“ die Rede – jetzt heiße es plötzlich, dies sei nur eine „grobe Kostenschätzung“. In der Praxis gehe es manchmal um dreimal höhere Beträge. Argumentiert habe man einst auch mit einer „zwingenden“ EU-Norm, die es aber laut Murgg nicht gibt.

Die KPÖ will nun in einer Anfrage vom zuständigen Landesrat Anton Lang wissen, wieso die Steiermark ein deutlich schärferes Gesetz beschlossen hat als andere Länder. **Ernst Sittinger**